

SEBASTIAN HUHN

RECHTSRUCK IN COSTA RICA

ÜBER EINE WAHL, DIE VIEL RAUM FÜR PESSIMISMUS LÄSST

Am 1. April ging der Liberale Carlos Alvarado von der sozialdemokratischen Partei der Bürgeraktion (PAC) mit 61 Prozent der Stimmen als neuer Präsident Costa Ricas aus der Stichwahl hervor. Er setzte sich gegen den evangelikal-rechten Laienprediger Fabricio Alvarado¹ durch, der mit homophoben Parolen über Nacht zum Shootingstar des Wahlkampfes avanciert war, nachdem sich der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof einen Monat vor der Wahl für die gleichgeschlechtliche Ehe in Costa Rica ausgesprochen hatte. Die Rechten haben die Wahl am Ende nicht gewonnen, einen Grund zum Jubeln gibt es gleichwohl nicht. Gegen die verbreitete Auffassung, Costa Rica habe sich in der Wahl für Kontinuität und gegen rechts entschieden, spricht die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung und die starke rechte Opposition. Das Ergebnis stellt einen Tiefpunkt costa-ricanischen Wahlverhaltens und costa-ricanischer Politik dar.

EINE GESCHICHTE POLITISCHER ARROGANZ

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen waren in Costa Rica über Jahrzehnte hinweg relativ vorhersehbar. Seit dem Bürgerkrieg von 1948 wechselten sich meistens die sozialdemokratische Partei der Nationalen Befreiung (PLN) und die Partei der Christsozialen Einheit (PUSC) in der Regierungsführung ab und stellten gemeinsam für gewöhnlich über 90 Prozent der Parlamentsabgeordneten. Inhaltlich näherten sich beide Parteien einander dabei immer weiter an. Personen und Slogans, nicht Positionen und Programme entschieden über Wahlerfolge; über eine neoliberale Politik und den Abbau des Sozialstaates waren sich beide Parteien seit Mitte der 1980er Jahre einig. Phrasen wie «die Schweiz Zentralamerikas», «Land der Lehrer statt Soldaten» und «Friedens- und Naturparadies» trug man wie Mantras vor sich her. Politische Entscheidungsträger*innen beider Parteien nutzten derweil ihre Privilegien aus, um sich vor allem selbst zu bereichern, während sie den Sozialstaat demontierten.²

Im Jahr 2004 überschlugen sich erstmals die Ereignisse und leiteten einen Wandel in der costa-ricanischen Geschichte ein. Im Jahr zuvor war das Freihandelsabkommen CAFTA zwischen den USA und den zentralamerikanischen Staaten hinter verschlossenen Türen ausgehandelt worden. Weniger das Wegfallen von Zöllen beunruhigte dabei die Bevölkerung, sondern vielmehr die Ankündigung, Costa Rica müsse Handelshemmnisse im Dienstleistungsbereich abbauen und ausländische Direktinvestitionen erleichtern. Die Staatsmonopole in der Grundversorgung – der Telekommunikation, der Strom- und Wasserversorgung, dem Versicherungssystem –, bis dahin die Säulen des costa-ricanischen Sozialsystems, sollten abgeschafft werden. In der zweiten

Hälfte des 20. Jahrhunderts war diese Grundversorgung aufgebaut worden, um auch in entlegenen Provinzen die Bevölkerung mit Wasser und Strom zu versorgen und sie gesundheitlich und sozial abzusichern. Ausländische Unternehmen standen in den Startlöchern, um von den anstehenden Privatisierungen zu profitieren.³

Im Herbst desselben Jahres wurde diese Geschichte um eine wichtige Facette ergänzt. Innerhalb eines Monats eröffnete die Staatsanwaltschaft Korruptionsverfahren gegen drei Expräsidenten. Zwei von ihnen hatten Schmiergelder für die Konzessionsvergabe für die Modernisierung des Telekommunikationsnetzes von einem französischen Unternehmen erhalten. Einer hatte sich als Berater eine sehr hohe «Provision» aus Krediten auszahlen lassen, die die finnische Regierung Costa Rica für die Modernisierung des Gesundheitssystems zur Verfügung gestellt hatte. Während also diskutiert wurde, ob CAFTA einen Ausverkauf des costa-ricanischen Sozialsystems bedeutete, wurde offensichtlich, dass sich eben diejenigen, die diese Entwicklung eingeleitet hatten, daran bereicherten. Soziale Ungleichheit und Unsicherheit in der Bevölkerung nahmen derweil zu.⁴

DER AUFSTIEG DER LINKEN 2004 BIS 2014

Im Kontext dieser Entwicklungen erstarkte in Costa Rica die Linke.⁵ 2004 wurde mit der Breiten Front (FA) zunächst eine linke Partei gegründet. Parteigründer José Merino del Río war zuvor Abgeordneter der gemäßigt-linken Demokratischen Kraft (FD) gewesen. Zu großen Wahlerfolgen brachte es die FA bis 2014 nicht. Unter Führung des charismatischen José María Villalta, dem einzigen Abgeordneten der Partei, erlangte sie zwischen 2010 und 2014 aber eine

wichtige Rolle als linke politische Kraft mit breiter zivilgesellschaftlicher Basis.

Im Jahr 2000 gründete sich zudem die sozialdemokratische Partei der Bürgeraktion (PAC). Die Partei positionierte sich als Partei gegen das Abkommen CAFTA und die florierende Korruption. Damit konnte sie 2002 auf Anhieb mit 14 Abgeordneten in das 57-köpfige Parlament einziehen, 2006 wurde sie mit 17 Abgeordneten zweitstärkste Kraft hinter der PLN, ebenso wie 2010 mit elf und 2014 mit 13 Sitzen.

Am wichtigsten für den Aufstieg der Linken war zwischen 2004 und 2007 aber das Erstarken einer zivilgesellschaftlichen progressiven und linken Bewegung. Das CAFTA-Abkommen wurde in den USA und Zentralamerika 2004 und 2005 ratifiziert, mit Ausnahme von Costa Rica. Hier formierte sich ein so großer zivilgesellschaftlicher Widerstand, dass der Streit um die Ratifizierung bis 2007 fortgeführt wurde und am 7. Oktober mit dem weltweit ersten Referendum über ein Freihandelsabkommen endete, bei dem sich rund 52 Prozent der Wähler*innen letztendlich dafür entschieden. Das Ergebnis war zwar eine große Enttäuschung für die linke Zivilgesellschaft, die vier Jahre Protest und Streit haben aber deutlich gezeigt, dass die Bevölkerung Costa Ricas ein großes linkes und progressives Potenzial für politische Diskussionen und Mobilisierung besitzt.

Die wachsenden sozialen Probleme, eine berechtigte Verdrossenheit gegenüber PLN und PUSC sowie die permanente Aufdeckung neuer Korruptionsskandale führten bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 schließlich dazu, dass mit dem Sozialwissenschaftler Guillermo Solís erstmalig ein PAC-Kandidat zum Präsidenten Costa Ricas gewählt wurde. Auch wenn sich die PAC zunehmend von ihren anfänglich linken Positionen entfernt hat und nicht wirklich eine linke sozialdemokratische Alternative zur PLN ist, steht sie doch im Ruf, eine linke Partei zu sein und wurde als solche gewählt. Die linke FA konnte mit neun statt zuvor einem Abgeordneten ins Parlament einziehen. Dieser Erfolg war auch eine späte Ernte der Anti-CAFTA-Proteste. Die Costaricaner*innen hatten 2014 also deutlich links gewählt.

DIE PRÄSIDENTSCHAFT SOLÍS 2014 BIS 2018

Guillermo Solís Regierungszeit von 2014 bis 2018 war alles andere als erfolgreich. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass die PAC nur über 13 der 57 Parlamentssitze verfügte und die Gesetzgebung vor allem von der stärksten Parlamentspartei PLN fortwährend behindert wurde. Außerdem blockierte sich die PAC selbst durch einen Machtkampf zwischen dem Flügel um Parteigründer Ottón Solís und dem Flügel um Präsident Guillermo Solís.⁶ In der Sozial- und Wirtschaftspolitik erzielte die Regierung keine wichtigen Erfolge. So erzielte vor allem der marode Staatshaushalt nicht saniert werden und die sozialen Sicherungssysteme des Landes stehen mittlerweile kurz vor dem Kollaps.

Gescheitert ist Solís aber vor allem auch im Kampf gegen die Korruption, seinem größten Wahlversprechen. Mitte 2017 kam erneut ein Korruptionsskandal ans Licht. Im Zentrum des *Cementazo*-Skandals stehen irreguläre Bedingungen für Importlizenzen und eine kaum gedeckte Kreditvergabe an den Bauunternehmer Juan Carlos Bolaños durch die staatliche Banco de Costa Rica. Der Aufsichtsrat der Bank wurde daraufhin abgesetzt, der Generalstaatsanwalt suspendiert und Parlamentsmitglieder aller großen Parteien mussten zurücktreten. Abgeordnete der einstigen Anti-Korruptions-Partei PAC waren ebenso involviert wie zahlreiche

staatliche Institutionen. Der Skandal hat der Demokratie und dem Vertrauen der Bevölkerung in die Politik abermals erheblich geschadet.

Aber auch der FA gelang es in der nun endenden Legislaturperiode nicht, mit glaubwürdiger linker Politik zu punkten. Sie verding sich primär in internen Streitigkeiten über ihre politische Ausrichtung und über ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen des Landes, statt geschlossen für linke Ziele zu kämpfen. Für große Verärgerung in ihrer Wählerschaft sorgte die FA außerdem, als einige ihrer Abgeordneten durch ihr Verhalten im Mai 2017 dem evangelikalen Prediger Gonzalo Ramírez ermöglichten, zum Parlamentspräsidenten gewählt zu werden. Um zu verhindern, dass PAC-Gründer Ottón Solís diese Rolle erhielt, enthielten sie sich bei der Abstimmung oder entschieden sich, Solís nicht zu wählen.

DER VON RECHTS DOMINIERTE WAHLKAMPF 2017/18

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 4. Februar und die Stichwahl vom 1. April 2018 sowie der vorangegangene Wahlkampf stellen einen Tiefpunkt costa-ricanischen Wahlverhaltens und costa-ricanischer Politik dar.

Der Wahlkampf wurde zunächst überraschenderweise vom Rechtspopulisten Juan Diego Castro von der Partei der nationalen Integration (PIN) dominiert. Er profilierte sich im Wahlkampf durch eine rechte Anti-Establishment-Rhetorik, das Versprechen, mit harter Hand gegen Kriminalität vorzugehen, und durch die Ankündigung, als Präsident ein Parlament, das ihm nicht folge, mit Dekreten übergehen zu wollen.

Doch dann beantwortete am 9. Januar 2018 der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof eine Anfrage der costa-ricanischen Regierung vom Mai 2016 bezüglich der gleichgeschlechtlichen Ehe damit, dass diese ein Menschenrecht sei, und legte Costa Rica nahe, seine Rechtsprechung anzupassen.⁷ Die Meldung schlug unerwartet hohe Wellen. In einer Meinungsumfrage, die das Forschungsinstitut CIEP der Universidad de Costa Rica daraufhin durchführte, sprachen sich 69 Prozent der Befragten gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus. 68 Prozent lehnten legale Schwangerschaftsabbrüche nach einer Schwangerschaft durch sexuelle Gewalt ab.⁸

Die rechts-evangelikale Partei des nationalen Wiederaufbaus (PRN) und ihr Präsidentschaftskandidat Fabricio Alvarado hatten bis zu diesem Zeitpunkt keine Rolle im Wahlkampf gespielt. Zuvor hatten in den Umfragen des CIEP lediglich zwei bis drei Prozent der Befragten angegeben, eventuell Fabricio Alvarado wählen zu wollen.⁹ Mitte Januar erreichte dieser nun bei 17 Prozent der Befragten Unterstützung und wurde damit zum aussichtsreichsten Kandidaten.¹⁰ Fragen zu Gender, Religion und Liberalität dominierten plötzlich den Wahlkampf und wurden zu den wahlentscheidenden Themen.

Aus dem ersten Wahlgang am 4. Februar ging Fabricio Alvarado dann auch mit 25 Prozent als der meistgewählte Kandidat hervor, gefolgt von Carlos Alvarado (PAC) mit knapp 22 Prozent. Da die costa-ricanische Verfassung vorsieht, dass ein*e Präsidentschaftskandidat*in mindestens 40 Prozent der Stimmen erhalten muss, kam es wie gewohnt zur Stichwahl. Am 1. April wurde schließlich der 38-jährige Carlos Alvarado mit 61 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten Costa Ricas gewählt und setzte sich damit klar gegen Fabricio Alvarado durch.¹¹

COSTA RICA HAT NICHT FÜR KONTINUITÄT GESTIMMT

In Costa Rica löste dieses Wahlergebnis große Erleichterung aus: National wie international dominiert der Tenor, die Costa-Ricaner*innen hätten in letzter Sekunde ein großes Übel abwenden können und sich für politische Kontinuität entschieden.

So verständlich die erste Erleichterung ist, dürfen doch mindestens vier wichtige Faktoren nicht übersehen werden, die den Jubel über den Ausgang der Stichwahl und die Freude über die angebliche «Vernunftentscheidung» der Bevölkerung überschatten.

ERSTENS: HOMOPHOBIE, MACHISMO UND ERZKONSERVATIVE RECHTE GESINNUNG

Erstens sind es ebenjene Costa-Ricaner*innen, die nun angeblich vernünftig entschieden und die Katastrophe verhindert haben, die während des Wahlkampfes laut Umfragen in großer Zahl bereit waren, mit Juan Diego Castro einen Rechtspopulisten zum Präsidenten zu wählen. Im ersten Wahlgang entschieden sie sich dann für den Kandidaten der religiösen Rechten, Fabricio Alvarado, der einen nicht geringen Teil der Bevölkerung mit seiner Hetzkampagne gegen LGBTI und gegen eine liberale Sexualmoral überzeugte. Wie allerorts greift hier ein Verweis auf ein angebliches Trotzverhalten «der sozial Abgehängten» nur bedingt. Niemand kann sich rational von liberaler Gender-Politik oder gleichgeschlechtlicher Ehe sozial bedroht fühlen. Das Wahlverhalten spiegelt einerseits den wachsenden Einfluss rechter evangelikaler Religionsgemeinschaften in Costa Rica wider, die ebenjene reaktionäre Sexualmoral predigen, mit der Fabricio Alvarado Stimmen gewinnen konnte. Andererseits gaben ihm nicht nur Evangelikale,¹² sondern auch viele Katholik*innen ihre Stimme. Das Wahlverhalten in Costa Rica – hier sei darauf verwiesen, dass das Land ein hohes Bildungsniveau aufweist – war auch Ausdruck rechter Gesinnung, homophober Menschenfeindlichkeit und Machismo, nicht nur sozialer Angst. 40 Prozent der abgegebenen Stimmen für einen Wahlkampf zu erhalten, der hauptsächlich auf dem Thema der Homophobie basierte, ist erschreckend.

Darüber hinaus ist mit dem Wahlergebnis vielleicht der erste Schreck, das grundsätzliche Problem aber mitnichten überwunden. Viele Costa-Ricaner*innen hat der Ausgang der Stichwahl beruhigt, LGBTI-Aktivist*innen aber sicher ebenso wenig wie feministische Gruppen oder Opfer sexueller Gewalt. Warum sollte man annehmen, dass die über 800.000 Menschen, die Fabricio Alvarado in der Stichwahl gewählt haben, in den kommenden vier Jahren zur Vernunft kommen und ihre menschenfeindliche Haltung überwinden? Es ist vielmehr zu befürchten, dass die religiöse Rechte spätestens bei den nächsten Wahlen wieder antritt und vielleicht noch stärker wird. Costa Rica muss sich mit diesem Problem auseinandersetzen. Der Kampf um linke und aufklärerische Werte wird umso dringlicher.

ZWEITENS: DIE, DENEN ALLES EGAL IST

Zweitens darf der Wahlsieg Carlos Alvarados und der PAC nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz des drohenden Sieges der religiösen Rechten 44 Prozent aller Wahlberechtigten nicht gewählt haben. Fast der Hälfte der wahlberechtigten Costa-Ricaner*innen war also egal, dass Rechtspopulist*innen oder religiöse Rechte das Land regieren könnten. Die Teilnahme an Wahlen ist das Fundament

parlamentarischer Demokratie. Wenn sich fast die Hälfte der Wahlberechtigten verweigert, ist das ein grundsätzliches Problem.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt, dass Nichtwähler*innen dabei primär ein Problem für linke Parteien sind. Erstens entstammen sie überwiegend den sozialen Schichten, für die sich linke Politik vor allem stark macht, und da sie dies zweitens wissen, würden sie – gingen sie zur Wahl – in großer Zahl links statt rechts wählen.¹³ Die Wahlmoral unter Rechten und Konservativen ist höher. Die Nichtwähler*innen der diesjährigen Wahl sind folglich diejenigen, die die linken Akteure Costa Ricas in den kommenden vier Jahren repolitisieren und durch eine ehrliche linke Alternative zu Neoliberalismus und Korruption überzeugen müssen.

DRITTENS: DIE RECHTEN HABEN DIE PARLAMENTSWAHL GEWONNEN

Angesichts der Präsidentschaftswahl kam eine Analyse des Ergebnisses der Parlamentswahl bislang zu kurz. Sieben Parteien werden sich in den kommenden vier Jahren die 57 Parlamentssitze teilen und die Rechten spielen dabei eine große Rolle.

Die sozialdemokratische PLN wird mit 17 Sitzen wieder die größte im Parlament vertretene Partei sein.¹⁴ Die zweite Traditionspartei, die christlich-soziale PUSC, hofft seit den Korruptionsskandalen von 2004 vergeblich auf einen erneuten Bedeutungszuwachs. Sie wird zukünftig aber immerhin neun Parlamentssitze innehaben. Die Regierungspartei PAC hat zehn Sitze gewonnen. Schon in der letzten Legislaturperiode reichten ihr ihre 13 Sitze jedoch nicht zum erfolgreichen Regieren; nun wird dies noch schwieriger. Die einzige linke Partei im Parlament, die FA, ist der größte Wahlverlierer. Sie verlor acht Sitze und ist zukünftig nur mit einer Person (José María Villalta) im Parlament vertreten.

Die rechts-evangelikale PRN erhielt dagegen 14 Sitze und ist damit der große Wahlgewinner. Die Partei verlor zwar das Rennen um das Präsidentenamt, wurde aber zur zweitgrößten Parlamentspartei gewählt. Die Niederlage Fabricio Alvarados in der Präsidentschaftswahl bedeutet also nicht, dass die rechts-evangelikale Partei nun wieder aus der öffentlichen Debatte verschwinden wird. Im Gegenteil. Auch der zunächst aussichtsreiche Rechtspopulist Juan Diego Castro wurde zwar nicht Präsident, seine Partei PIN bekommt aber vier Sitze im neuen Parlament.¹⁵

Costa-ricanische Parlamentsarbeit hat keine Koalitionstradition. Die PAC wird demnach eine Minderheitsregierung sein. Die FA hat angekündigt, die Regierung eventuell zu unterstützen, doch auch zusammen kommen sie nur auf elf Sitze. Selbst wenn sich die PUSC auf die Seite der Regierung schlägt, fehlen neun Stimmen zur erforderlichen Mehrheit. Stimmen andererseits die beiden rechten Parteien PRN und PIN gemeinsam ab, haben sie mit 18 Stimmen zwar ebenfalls keine Mehrheit, aber erhebliches Gewicht.

Der PLN kommt also eine wichtige Rolle zu. In den vergangenen vier Jahren hat sie ihre Stärke eher genutzt, um die Arbeit des Parlaments zu erschweren oder zu blockieren. Es schien zeitweise, als hoffte sie damit, den Eindruck zu erwecken, dass politischer Fortschritt in Costa Rica nur unter einer PLN-Präsidentschaft möglich sei. Mit der Strategie, die Präsidentschaft von Guillermo Solís und der PAC zu erschweren und auszusetzen, um ab diesem Jahr wieder selbst zu regieren, ist die PLN gescheitert. Es ist zu hoffen,

dass sie ihre selbstgerechte und destruktive Haltung nun aufgeben wird.

VIERTENS: DIE SOZIALE SITUATION WIRD SICH NICHT VERBESSERN

Viertens ist es angesichts des Wahlausgangs unwahrscheinlich, dass in den kommenden vier Jahren der so dringliche Wandel in der costa-ricanischen Politik stattfinden wird. Der erneut regierenden PAC ist es schon in der vergangenen Legislaturperiode nicht gelungen, effektiv Politik zu machen. Mit einer marginalisierten Linken und einer deutlich erstarkten Rechten wird es nun noch wesentlich schwerer. Der Staatshaushalt muss dringend durch eine Steuerreform saniert werden, steigender sozialer Ungleichheit muss ebenso entgegengewirkt werden wie hoher Armut und Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Außerdem sollte die PAC diesmal wirklich ihr Versprechen einlösen, sich der Korruption entgegenzustellen.

Der 38-jährige Politiker, Autor und zukünftige Präsident Carlos Alvarado selbst war 2016 und 2017 Arbeitsminister unter Guillermo Solís, ist aber darüber hinaus politisch wenig erfahren und gilt als nicht sehr charismatisch. Ob er nun mit dem Amt wächst, bleibt abzuwarten.

SCHWERE ZEITEN UND GROSSE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LINKE

Die costa-ricanische Gesellschaft hat in ihrer Geschichte linke Politik zumeist abgelehnt. Antikommunismus war eine wichtige Facette des Gründungsmythos der Zweiten Republik nach dem Bürgerkrieg von 1948. Die Kommunistische Partei wurde 1949 verboten und sozial- und später umweltpolitische Themen wurden immer von der dominanten konservativ-sozialdemokratischen PLN bedient.

Der Wahlerfolg der Linken im Jahr 2014 war eher die historische Ausnahme, als es das rechte Ergebnis der diesjährigen Wahlen ist. Mit rechtspopulistischen Versprechen wie dem der «eisernen Faust», mit dem Juan Diego Castro im Wahlkampf anfänglich Unterstützung fand, kann man in Costa Rica bereits seit Langem punkten. Die reaktionäre Sexualmoral und Menschenfeindlichkeit, mit der dann der evangelikal-rechte Fabricio Alvarado im ersten Wahlgang zum meistgewählten Kandidaten wurde, ist ebenfalls tief in der costa-ricanischen Gesellschaft verankert. Die oben zitierten Meinungsumfragen stützen diese These. Die Wahl 2018 war in weiten Teilen eine Gesinnungswahl.

Die Linke in Costa Rica ist also schwach wie eh und je. Linke Akteur*innen, wie der erneut einzige Abgeordnete der FA, José María Villalta, aber zum Beispiel auch die zukünftige Vizepräsidentin Epsy Campbell von der PAC, die sich seit Langem gegen Rassismus und für Frauenrechte engagiert, werden es schwer haben.

Die FA hat in der vergangenen Legislaturperiode verpasst, sich ein klares politisches Profil zu erarbeiten. Das gilt es nun nachzuholen, nicht zuletzt, um auch den 44 Prozent Nichtwähler*innen deutlich zu vermitteln, wofür die Partei steht und wie wichtig linke und aufgeklärte Politik in Costa Rica ist.

So schwach Linke und Progressive traditionell in der costa-ricanischen Politik sind, so stark können sie gleichzeitig in der Gesellschaft sein. Progressive soziale Bewegungen haben sich in Costa Rica nicht erst seit dem Anti-CAFTA-Protest immer wieder formiert und häufig vieles erreicht. Es bleibt zu wünschen, dass es ihnen bald gelingt, diese Stärke auch als politische Partei zu finden.

Sebastian Huhn, Historiker und Politikwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar und Mitglied des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

1 Carlos und Fabricio Alvarado sind nicht miteinander verwandt. **2** Wilson, Bruce: Costa Rica. Politics, Economics, and Democracy, Boulder 1998. **3** Huhn, Sebastian/Löding, Torge: Zentralamerika: Sozialer Konflikt um CAFTA und seine Folgen, GIGA Focus Lateinamerika 10, Hamburg 2007. **4** Huhn, Sebastian: Die marode Musterdemokratie Costa Rica, GIGA Focus Lateinamerika 4, Hamburg 2006. **5** Martí i Puig, Salvador: Political parties. The left, in: Sánchez-Ancochea, Diego/Martí i Puig, Salvador (Hrsg.): Handbook of Central American Governance, Abingdon/New York 2004, S. 236–250. **6** Auch Ottón Solís und Guillermo Solís sind nicht miteinander verwandt. Die Namensgleichheit ist Zufall. **7** Alfaro, Josué/Salazar, Daniel: Corte IDH: Costa Rica debe garantizar matrimonio igualitario, Semanario Universidad, 9.1.2018, unter: www.semanariouniversidad.com/pais/corte-idh-costa-rica-garantizar-matrimonio-igualitario/. **8** Centro de Investigación y Estudios Políticos: Informe de Resultados de la Encuesta de Opinión Pública Sociopolítica realizada en Enero de 2018, San José 2018. **9** Murillo, Álvaro: Nueva encuesta de la UCR muestra desplome de Desanti, empate y débil apoyo a candidatos, Semanario Universidad, 22.11.2017, unter: www.semanariouniversidad.com/pais/nueva-encuesta-la-ucr-muestra-desplome-desanti-empate-la-fragil-carrera-presidencial/; ders.: Disputa por la Presidencia llega con leves cambios al «descanso», Semanario Universidad, 20.12.2017, unter: www.semanariouniversidad.com/pais/campana-la-presidencia-llega-leves-cambios-al-descanso/. **10** Vgl. Centro de Investigación y Estudios Políticos: Informe de Resultados. **11** Tribunal Supremo de Elecciones: Elecciones Nacionales 2018, unter: www.tse.go.cr/elecciones2018. **12** Es liegen zwar keine sicheren jüngeren Erhebungen über Religionszugehörigkeiten in Costa Rica vor, aus Umfragen lässt sich aber ableiten, dass etwa 25 % der Bevölkerung evangelikal sind; vgl. Latinobarómetro: El Papa Francisco y la Religión en Chile y América Latina, Santiago de Chile 2018. **13** Schäfer, Armin: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a. M. 2011, S. 133–154. **14** Sie erzielte damit aber dennoch ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 2002. **15** Die verbleibenden zwei Sitze entfallen auf die 2014 als PUSC-Abspaltung gegründete Sozial-christlich Republikanische Partei.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 5/2018 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171

Redaktionsschluss: April 2018

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation